

Vereinsatzung

Präambel:

Anlässlich des Stockumer Dorffestes 1993 zur 1111-Jahr-Feier fand sich das "Stockumer Theater Ensemble 1111" zusammen und führte am 31.08., 02.09. und 18.12.1993 mit Erfolg das Theaterstück "Unsere Kleine Stadt" von Thornton Wilder auf. Nach Auflösung des Ensembles im Dezember 1993 soll das Engagement zum Theaterspiel in und für Stockum fortgesetzt werden.

§ 1 Name, Sitz und Zweck des Vereins

Der Verein trägt den Namen

Stockumer Theater Verein

und hat seinen Sitz in Witten - Stockum.

Der Verein wird als nicht rechtsfähiger Verein geführt.

Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO 77).

Der Zweck des Vereins liegt in der Darbietung engagierten, guten und unterhaltsamen Theaterspiels.

Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Interessen. Er ist frei von parteipolitischen und religiösen Bindungen.

§ 2 Mitgliedschaft

1) Beitritt

Jede natürliche Person, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, kann dem Verein als aktives oder passives Mitglied beitreten.

Eine natürliche Person, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann dem Verein nur gemeinsam mit mindestens einer volljährigen natürlichen Person, mit der sie in häuslicher Gemeinschaft lebt, beitreten (Familienmitgliedschaft).

Der Beitrittswille wird durch einen schriftlichen rechtsverbindlichen Antrag des Interessenten (bei Minderjährigen seines gesetzlichen Vertreters) gegenüber einem Mitglied des Vorstandes erklärt. Die Aufnahme in den Verein erfolgt vorbehaltlich der

Genehmigung des geschäftsführenden Vorstands durch die Entrichtung der Aufnahmegebühr.

Jedes Mitglied wird in ein Mitgliederverzeichnis eingetragen.

2) Vereinsleben

Die Teilnahme an den Versammlungen und Aufführungen ist wesentlicher Bestandteil des Vereinslebens.

3) Rechte

Die Mitgliedschaft und daraus resultierende Rechte sind nicht übertragbar.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Rechte und Pflichten für die Zukunft.

4) Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch

a) Austritt.

Der dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklärende Austritt (bei Minderjährigen durch den / die ges. Vertreter) ist jederzeit zum Ende des Monats möglich, in dem die Austrittserklärung bei dem Vorstand eingeht.

Eine Rückvergütung von gezahlten Vereinsbeiträgen findet nicht statt.

b) Ausschluß.

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es

⇒ in erheblicher Weise gegen den Vereinszweck verstößt, oder

⇒ dem Ansehen des Vereins und seiner Mitglieder schadet, oder

⇒ in sonstiger Weise sich grober oder wiederholter Verstöße gegen die Vereinssatzung schuldig macht, oder

⇒ seiner Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung nicht nachgekommen ist, oder

⇒ in sonstiger grober Weise dem Verein Schaden jeglicher Art zufügt.

Über den Ausschluß entscheidet der Vorstand nach vorheriger Anhörung des Beirates. Dem betroffenen Mitglied ist ebenfalls vorher Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

c) Tod.

§ 3 Organe des Vereins

Vereinsorgane sind

a) die Mitgliederversammlung (MV),

- b) der Vorstand und
- c) der Beirat.

§ 4 Mitgliederversammlung

2) oberstes Vereinsorgan

Die Mitgliederversammlung (MV) ist das oberste Vereinsorgan. Es ist die höchste und letzte Entscheidungs-, Aufsichts- und Beschwerdeinstanz.

2) Jahreshauptversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Kalenderjahr als Jahreshauptversammlung (JHV) statt. Die JHV ist spätestens bis zum 31. März eines jeden Jahres durchzuführen. Zur JHV erfolgt die Einladung schriftlich unter Beifügung einer Vorlage über die wesentlichen Tagesordnungspunkte.

3) außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muß stattfinden, wenn dies

- 3) von 1/5 der Vereinsmitglieder (ab dem vollendeten 14. Lebensjahr) schriftlich unter Angabe der Gründe beim Vorstand beantragt wird, oder
- 4) der Vorstand, oder
- 5) der Beirat beschließt.

4) Einberufung der Mitgliederversammlungen

Die Einladung zu allen Mitgliederversammlungen erfolgt schriftlich mindestens zwei Wochen vor dem Versammlungstermin durch den geschäftsführenden Vorstand.

5) Anträge

Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge und Vorschläge einzubringen, über die bei der Versammlung beraten und abgestimmt wird. Anträge und Vorschläge besonderer Art bzw. Bedeutung sollen mindestens fünf Tage vor der Versammlung dem geschäftsführenden Vorstand mit entsprechender Begründung bekanntgegeben werden.

6) Versammlungsleiter

ist der / die 1. Vorsitzende, bei dessen Verhinderung sein / ihr Stellvertreter.

7) Stimmberechtigung / Wählbarkeit

Stimmberechtigt sind alle Vereinsmitglieder, die am Tag der Versammlung das 14. Lebensjahr vollendet haben.

Wählbar sind alle am Tag der Versammlung volljährigen Vereinsmitglieder. Wählbar sind auch abwesende Mitglieder, wenn eine schriftliche Erklärung über die Annahme einer Wahl vorliegt.

8) Beschlußfähigkeit

- a) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig, soweit nicht Satzungsänderungen beschlossen werden sollen.
- b) Im Fall von Satzungsänderungen ist die Mitgliederversammlung beschlußfähig, wenn 2/3 aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder durch anwesende, schriftlich bevollmächtigte, stimmberechtigte Mitglieder vertreten sind.

9) Entscheidungen der Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlung entscheidet bei Beschlüssen mit einfacher Stimmenmehrheit bei offener Stimmabgabe der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

Die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Beirates erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit bei schriftlicher Stimmabgabe der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Enthaltungen bleiben unberücksichtigt.

Satzungsänderungen können nur mit einer 2/3 - Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder herbeigeführt werden.

10) Niederschrift

Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

11) Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) hat insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

- a) die Entgegennahme des Berichts des Vorstandes,
- b) die Entlastung des Vorstandes,
- c) die Wahl des Vorstandes und des Beirates nach Ablauf der Amtszeit,
- d) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge (§ 9).

§ 5 Leitung des Vereins

- 1) Die Leitung des Vereins obliegt dem Vorstand.
- 2) Der Vorstand besteht aus
 - a) dem geschäftsführenden Vorstand
bestehend aus dem / der 1. Vorsitzenden, sowie
zwei Geschäftsführer(-innen), zugleich Vertreter(-innen) des / der Vorsitzenden
und
 - b) der Spielleitung, zu der max. 3 Mitglieder gewählt werden können.
- 3) Der geschäftsführende Vorstand führt die Geschäfte des Vereins allein. Er vertritt den Verein nach innen und außen. Dem geschäftsführenden Vorstand obliegt die Verwaltung des Vereinsvermögens. Jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ist einzeln vertretungsbefugt.
- 4) Wahl des Vorstandes
Der Vorstand wird in schriftlicher Wahl von der Mitgliederversammlung im Rahmen der JHV für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.
- 5) Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Vorstand
Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtsperiode aus, ist von einer MV für den Rest der Amtszeit ein neues Vorstandsmitglied zu wählen.
- 6) Beschlußfassungen
Der Vorstand entscheidet bei Beschlüssen mit einfacher Stimmenmehrheit.

§ 6 Beirat

- 1) Der Beirat besteht aus

Der Beirat setzt sich aus zwei Mitgliedern zusammen, die nicht dem Vorstand angehören.

2) Aufgaben des Beirates

Der Beirat überwacht die Einhaltung der Satzungsbestimmungen und führt einmal jährlich eine Geschäfts- und Kassenprüfung durch. Er hat das Recht, jederzeit Einblick in die Geschäftsunterlagen zu verlangen und vom geschäftsführenden Vorstand Aufklärung und Rechenschaft zu fordern. Der Beirat hat die Aufgabe, den Vorstand bei der Führung der Geschäfte zu beraten und zu unterstützen.

Hat der Beirat begründete Zweifel an der ordnungsgemäßen Arbeit des Vorstandes, ist er verpflichtet, eine MV einzuberufen.

Der Beirat kann insbesondere einstimmig den Antrag stellen, dem Vorstand das Mißtrauen auszusprechen. Wird dem Vorstand das Mißtrauen ausgesprochen, muß vom Beirat ein neuer Vorstand unverzüglich vorgeschlagen werden. Wird der Vorschlag von der MV nicht angenommen, führt der Beirat, bis zur Neuwahl eines Vorstandes, kommissarisch die Vereinsgeschäfte.

§ 7 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 8 Mitgliedsbeiträge

1) Aufnahmegebühr

Jedes aufgenommene Mitglied hat bei Aufnahme in den Verein eine Aufnahmegebühr zu entrichten.

Die Entrichtung der Aufnahmegebühr ist für den Erwerb der Mitgliedschaft konstitutiv.

Die Höhe der Aufnahmegebühr wird unter Berücksichtigung der Beitragsarten gemäß § 8 Abs. 2 bis 4 durch die Mitgliederversammlung festgelegt.

2) Regelbeiträge

Jedes Mitglied ist, soweit in §§ 8 Abs. 3 und 8 Abs. 4 keine abweichende Regelung Anwendung findet, zur Zahlung eines Regelbeitrages verpflichtet.

Die Beitragshöhe wird durch die Mitgliederversammlung festgelegt.

3) Ermäßigter Regelbeitrag

Für Mitglieder, die

- a) das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, oder
- b) aufgrund gesetzlicher Schulpflicht allgemeinbildende Schulen besuchen, oder
- c) an einer Hochschule, die zu einem staatlich anerkannten Examen befähigt, studieren, oder
- d) sich in der Ausbildung zu einem anerkannten Beruf befinden, oder
- e) aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Wehr- / oder Zivildienst ableisten,

wird auf Antrag für die Dauer der vorgenannten Voraussetzungen der Regelbeitrag um $\frac{1}{2}$ ermäßigt.

4) Familienbeiträge

Mitglieder, die in häuslicher Gemeinschaft mit mindestens einem weiterem Mitglied leben (Familienmitgliedschaft § 2.1), entrichten auf Antrag einen Familienbeitrag.

Der nach §§ 8 Abs. 2 bzw. 8 Abs. 3 zu entrichtende Beitrag wird für jedes einzelne Mitglied bis zu $\frac{1}{3}$ ermäßigt.

Die Beitragshöhe wird durch die Mitgliederversammlung festgelegt.

5) Mitteilung von Änderungen / Nachweise / Nichtbeachtung

Die Voraussetzungen für die unter §§ 8 Abs. 3 und 8 Abs. 4 geregelten Vergünstigungen sind dem geschäftsführenden Vorstand unter Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen.

Jede Änderung, die zu einer Erhöhung des Beitrages führt, ist dem geschäftsführenden Vorstand unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.

Die Nichtbeachtung dieser Regelung erfüllt objektiv den Tatbestand des vereinschädigenden Verhaltens dar (§ 2 Abs. 4 b 5. Alt.).

6) Absehen von der Beitragspflicht / Beitragserhebung

Der geschäftsführende Vorstand kann in besonderen Fällen nach Absprache mit dem Beirat von der Beitragspflicht entbinden bzw. von der Beitragserhebung absehen.

7) Fälligkeit der Beiträge

Der jeweilige Beitrag ist jährlich am 1. Januar eines jeden Kalenderjahres im Voraus fällig und zu entrichten.

Auf Antrag wird der am 01. Januar fällige jeweilige Jahresbeitrag in zwei (halbjährlich) oder vier (vierteljährlich) Raten gestundet.

- a) Bei halbjährlicher Zahlungsweise ist der jeweilige Beitragsteil am 01. Januar und 01. Juli eines jeden Jahres fällig und zu entrichten.
- b) Bei vierteljährlicher Zahlungsweise ist der jeweilige Beitragsteil am 01. Januar, 01. April, 01. Juli und am 01. Oktober eines jeden Jahres fällig und zu entrichten.

Der Ratenzahlungsantrag kann jederzeit an den geschäftsführenden Vorstand zum nächst möglichen Fälligkeitszeitpunkt gestellt werden.

§ 9 Mittelverwendung

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Ein Mitglied kann vom Verein nur haftbar gemacht werden, wenn dieses vorsätzlich oder grob fahrlässig dem Verein Schaden zugefügt hat.

§ 10 Auflösung des Vereins

1) Vereinsvermögen

Die Auflösung des Vereins erfolgt unter Anwendung der Vorschriften der §§ 47 - 54 BGB. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des gemeinnützigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an die Stadt Witten zwecks Verwendung für die

Soziale Gruppenarbeit Stockum.

Der Empfänger hat die Zuwendung unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke, zu verwenden.

2) Beschlußfassung

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck und unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der einzige Tagesordnung dieser Versammlung ist die Auflösung des Vereins.

Die Einberufung einer solchen Mitgliederversammlung darf nur erfolgen, wenn 1/5 der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins dies schriftlich verlangen.

3) Beschlußfähigkeit

In dieser Versammlung müssen $\frac{3}{4}$ aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder durch anwesende, schriftlich bevollmächtigte, stimmberechtigte Mitglieder vertreten sein.

Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlußfähig, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlußfähig ist.

Zur Beschlußfassung ist eine $\frac{3}{4}$ - Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen aller anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig.

In der Versammlung haben die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder im Falle der Auflösung des Vereins die Liquidatoren zu bestellen, die dann die laufenden Geschäfte abwickeln.

Die Auflösung des Vereins ist dem zuständigen Finanzamt unverzüglich bekanntzugeben.

§ 11 Satzungsbeschuß

Die Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 18.03.1998 beschlossen und ändert die Satzung laut Beschluß vom 03.02.1995.

Sie tritt unmittelbar nach Beschlußfassung in Kraft.